

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:424259-2019:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Heikendorf: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2019/S 174-424259**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Amt Schrevenborn für die Gemeinde Mönkeberg

Dorfplatz 2

Heikendorf

24226

Deutschland

Kontaktstelle(n): Amt Schrevenborn, Der Amtsdirektor, Vergabestelle, Frau Kühn

Telefon: +49 4312409111

E-Mail: inga.kuehn@amt-schrevenborn.de

Fax: +49 4312409600

NUTS-Code: DEF0A

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.amt-schrevenborn.de

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur

Verfügung unter: <https://www.evergabe.de/unterlagen/2138083/zustellweg-auswaehlen>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.evergabe.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen Erweiterung Schulareal Objektplanung und TGA-Planung

Referenznummer der Bekanntmachung: ST-2.2-67/19-ST-2.2-M

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000 - IA36

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Gemeinde Mönkeberg verfügt über ein Schulgrundstück in der Ortsmitte, auf dem neben der zweizügigen Grundschule auch die Sporthalle, die Betreute Grundschule, ein Kindergarten mit 3 Gruppen und das Jugendheim untergebracht sind. Nunmehr muss ein zusätzlicher Raumbedarf gedeckt werden. Dabei handelt es sich um eine Erweiterung des Lehrerzimmers, zusätzliche Differenzierungsräume und weitere Funktionsräume. Offen ist, ob auch eine Aula, welche auch als Mensa genutzt werden soll, im Gebäude der Schule untergebracht werden kann oder näher an die Betreute Grundschule herangerückt werden sollte. In einem weiteren Schritt bestehen Überlegungen die Betreute Grundschule zu erweitern. Gegenstand des im vorliegenden Verfahren zu vergebenden Auftrags sind Planungsleistungen für die skizzierte Erweiterung des Schulareals Mönkeberg, und zwar für die Objektplanung Gebäude und Innenräume (Architektur) – Los 1 – und für die Fachplanung Technische Ausrüstung – Los 2.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 391 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja

Angebote sind möglich für maximale Anzahl an Losen: 2

Maximale Anzahl an Losen, die an einen Bieter vergeben werden können: 2

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Objektplanung Gebäude u. Innenräume (Architektur)

Los-Nr.: 1

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71221000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEF0A

Hauptort der Ausführung:

Mönkeberg

DE

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Siehe oben II.1.4) Stufenweise Beauftragung, siehe unten II.2.11) Fest beauftragt werden die Leistungen von Grundlagenermittlung bis Genehmigungsplanung.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 237 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Vertrag ist als Werkvertrag erfolgsbezogen. Die tatsächliche Vertragsdauer hängt davon ab, welche Stufen beauftragt werden sowie ggf. von der tatsächlichen Bauzeit. Die obige Angabe ist daher nur eine grobe Schätzung.

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

AK 1: Qualität der Referenzen gem. EK-VI auf der Basis der Angaben zu TL1 (60 %).

AK2: Größe der jährlichen Umsätze (EK-V) auf der Basis der Angaben zu WL2 (20 %).

AK3: Größe der Beschäftigungszahl des Unternehmens (EK-VII) auf der Basis der Angaben zu TL2 (20 %).

Einzelheiten zur Bewertungsmethode ergeben sich aus den Vergabeunterlagen (Bewerbungsbedingungen, Ziff. V.6).

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Auftrag wird unter dem Vorbehalt der stufenweisen Beauftragung vergeben. Die fest beauftragte Auftragsstufe 1 umfasst im Los 1 die Leistungen der Objektplanung für Gebäude und Innenräume (Architektur) bis einschließlich der Genehmigungsplanung (LPH 4), die Aufteilung der weiteren Stufen über Ausführungsplanung, Vorbereitung/Mitwirkung bei Vergabe und Objektüberwachung bis hin zur Objektbetreuung ist der Aufgabenbeschreibung zu entnehmen. Zudem gilt wie ausgeführt, dass optional noch Planungsleistungen für eine weitere Projektstufe (Erweiterung der Betreuten Grundschule) in Betracht kommen. Vorbehalten bleiben optionale Ergänzungen und Änderungen der Leistungen nach Maßgabe der diesbezüglichen vertraglichen Regelungen.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

Fachplanung Technische Ausrüstung

Los-Nr.: 2

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71320000 - IA36

71300000 - IA36

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF0A

Hauptort der Ausführung:

Mönkeberg

DE

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Siehe oben II.1.4) Stufenweise Beauftragung, siehe unten II.2.11) Fest beauftragt werden die Leistungen von Grundlagenermittlung bis Genehmigungsplanung.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 154 000.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Vertrag ist als Werkvertrag erfolgsbezogen. Die tatsächliche Vertragsdauer hängt davon ab, welche Stufen beauftragt werden sowie ggf. von der tatsächlichen Bauzeit. Die obige Angabe ist daher nur eine grobe Schätzung.

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

AK1: Qualität der Referenzen gem. EK-VI auf der Basis der Angaben zu TL1 (60 %).

AK2: Größe der jährlichen Umsätze (EK-V) auf der Basis der Angaben zu WL2 (20 %).

AK3: Größe der Beschäftigtenanzahl des Unternehmens (EK-VII) auf der Basis der Angaben zu TL2 (20 %).

Einzelheiten zur Bewertungsmethode ergeben sich aus den Vergabeunterlagen (Bewerbungsbedingungen, Ziff. V.6).

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Auftrag wird unter dem Vorbehalt der stufenweisen Beauftragung vergeben. Die fest beauftragte Auftragsstufe 1 umfasst im Los 2 die Leistungen der Fachplanung für Technische Ausrüstung bis einschließlich der Genehmigungsplanung (LPH 4), die Aufteilung der weiteren Stufen über Ausführungsplanung, Vorbereitung/Mitwirkung bei Vergabe und Objektüberwachung bis hin zur Objektbetreuung ist der Aufgabenbeschreibung zu entnehmen. Zudem gilt wie ausgeführt, dass optional noch Planungsleistungen für eine weitere Projektstufe (Erweiterung der Betreuten Grundschule) in Betracht kommen.

Vorbehalten bleiben optionale Ergänzungen und Änderungen der Leistungen nach Maßgabe der diesbezüglichen vertraglichen Regelungen.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bedingungen:

EK-I. Wirksame Gründung:

EK-II. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung;

EK-III. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

- PL1 Unternehmensprofil, Eintragung in Berufsregister,
- PL2 Keine Straftaten,
- PL3 Eigenerklärung Zahlung Steuern, Abgaben, Sozialversicherung,
- PL4.1 Eigenerklärung Umwelt-, Sozial-, Arbeitsrecht,
- PL4.2 Eigenerklärung Einhaltung AEntG, MiLoG,
- PL5 Keine Insolvenz o. Ä.,
- PL6 Keine schweren Verfehlungen,
- PL7 Keine Vertragsverletzungen.

Einzelheiten zu PL1 bis PL7 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5) geregelt und zu beachten!

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- EK-IV. Haftpflichtversicherung,
- EK-V. Größenordnung Gesamtumsätze.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

- WL1: Haftpflichtversicherung,
- WL2: Gesamtumsatz.

Einzelheiten zu WL1 und WL2 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5) geregelt und zu beachten!

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

EK-IV (WL1): Falls der bestehende Versicherungsschutz nicht für Personenschäden mindestens 3 000 000 EUR, für Sachschäden mindestens 1 000 000 EUR, für Vermögensschäden mindestens 500 000 EUR pro Versicherungsfall beträgt, ist schon mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung des Versicherers einzureichen, im Auftragsfall die Deckungssummen auf die genannten Beträge zu erhöhen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Kriterien:

EK-VI. Berufliche Erfahrung/Referenzen (Los 1: Objektplanung Schulgebäude; Los 2: Fachplanung TGA öffentliche Gebäude, insbes. Schulen oder Gebäude vergleichbarer Komplexität); EK-VII. Personalstärke.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

- TL1: Referenzliste,

– TL2: Angaben der Zahl der Beschäftigten und Führungskräfte.

Einzelheiten zu TL1 und TL2 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5) geregelt und zu beachten!

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Bauvorlagenberechtigung nach § 65 Landesbauordnung Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Architekten- und Ingenieurkammergesetz Schleswig-Holstein

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Verpflichtung, den unmittelbar für die Leistungserbringung in Deutschland eingesetzten Beschäftigten (ohne Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Hilfskräfte und Teilnehmende an Bundesfreiwilligendiensten) wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 9,99 EUR (brutto) zu zahlen, § 4 Abs. 1 VGSH. Einräumung von Kontroll- und Sanktionsrechten. Einzelheiten vgl. Verpflichtungserklärung, die mit dem Erstangebot (NICHT schon mit dem Teilnahmeantrag) abzugeben ist.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 09/10/2019

Ortszeit: 11:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 25/10/2019

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/01/2020

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 2 und 5 GWB, § 14 Abs. 3 VgV, § 17 VgV geführt.
Es sind elektronische (eVergabe-Plattform) Teilnahmeanträge zu stellen, denen die geforderten Erklärungen/ Nachweise zur Eignung beizufügen sind (vgl. oben III.1 sowie die öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen). In den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen sind auch Einzelheiten zum Teilnahmewettbewerb beschrieben.
Während des Teilnahmewettbewerbs werden ggf. Antworten auf etwaige Fragen über die eVergabe-Plattform gem. I.3 veröffentlicht. Interessierte sollten die Seite prüfen.
Eine Registrierung auf der eVergabe-Plattform ist möglich und für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten auch erforderlich.
Mit den Vergabeunterlagen stellt der Auftraggeber unter derselben Internetadresse auch Formulare für den Teilnahmeantrag bereit, deren Verwendung verbindlich ist, soweit keine nachgewiesene Zertifizierung oder eine EEE vorgelegt wird.
Die im Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe der Eignung und ggf. der Auswahlkriterien ausgewählten Teilnehmer werden nach dem Teilnahmewettbewerb gesondert zur Angebotsabgabe aufgefordert. Ein Zuschlag auf ein Erstangebot ist vorbehalten.
Teilnahmeanträge und Angebote sind elektronisch nur über die eVergabe-Plattform abzugeben.
Für die sonstige Kommunikation ist zu beachten, dass E-Mails nicht den Anforderungen von § 11 Abs. 2 VgV an Vertraulichkeit und Sicherheit genügen. Regelungen zu den Kommunikationsformen finden sich in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument „Bewerbungsbedingungen“, Abschnitt IV.2 c.)).

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**
Vergabekammer Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 94
Kiel
24105
Deutschland
Telefon: +49 4319884640
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Fax: +49 4319884702

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer und dem Vergabesenat (§§ 155 ff. GWB). Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein etwaiger Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, wobei der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB unberührt bleibt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Der Auftraggeber ist zur Absendung einer Bieterinformation spätestens 10 Tage vor Zuschlagserteilung verpflichtet (§ 134 GWB). Nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) ist ein Nachprüfungsantrag nicht mehr zulässig. Ausgenommen hiervon sind Anträge auf Feststellung einer Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 GWB, also wegen Verletzung der vorgenannten Pflicht zur Bieterinformation und Einhaltung der Wartefrist gem. § 134 GWB oder wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. Solche Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages sind nach § 135 Abs. 3 GWB nur innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags zulässig, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung dieser Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
05/09/2019